

"Deutschland und Europa" in Le Monde (28. März 1950)

Legende: Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 14. August 1949 befasst sich die französische Tageszeitung Le Monde mit der Frage des Beitritts West-Deutschlands zum Europarat.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. BEUVE-MÉRY, Hubert. 28.03.1950, n° 1 608; 7e année. Paris: Le Monde. "L'Allemagne et l'Europe", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/deutschland_und_europa_in_le_monde_28_marz_1950-de-44e30bb1-d83b-4c1b-afe6-6efd2dae65co.html



Publication date: 06/07/2016

Deutschland und Europa

In dem Vortrag, den Robert Schumann gestern vor dem nationalen Ausschuss des Mouvement républicain populaire gehalten hat, unterstrich er den vorläufigen Charakter und den Erfahrungswert der Politik der westlichen Verbündeten in Deutschland. Sie mußten der feststehenden Sachlage, wie sie von der UdSSR geschaffen worden war, Rechnung tragen. Die UdSSR hat das Abkommen der vier Besatzungsmächte gebrochen und ihre eigene Besatzungszone isoliert, wodurch sie die westlichen Verbündeten zwang, eine Politik für West-Deutschland zu konzipieren. Die westdeutsche Verfassung und die Regierung in Bonn waren die ersten Ergebnisse dieser Politik.

Es ist offensichtlich, daß diese Politik mit Bedacht betrieben werden muß: man darf nicht vergessen, daß West-Deutschland nicht Gesamt-Deutschland ist, daß ein vereintes Deutschland morgen oder in einigen Jahren wieder erscheinen und alles in Frage stellen kann, was in der Zwischenzeit geschaffen worden ist. Es wäre wünschenswert, daß das Werk der Alliierten und der Bonner Republik so gestaltet würde, daß es sich jederzeit einer neuen, aber nicht unvorhersehbaren Situation anpassen kann.

Durch diese Perspektive erweist sich die Integration Deutschlands in ein Westeuropa als äußerst heikel. Man kann sich nicht zur Untätigkeit zwingen unter dem Vorwand, daß man ja sowieso nichts Endgültiges schaffen würde. Der Westen Deutschlands kann nicht isoliert bleiben, um so weniger, da der Osten immer enger dem Sowjetblock angegliedert wird. Wie weit kann man jedoch gehen, wenn man nicht die von der Vorsicht auferlegten Grenzen überschreiten will?

Ein erstes Kriterium wäre der Wunsch der Deutschen selbst. Die Angebote Adenauers haben verschiedene Bewegungen hervorgerufen. Schuman ist nicht als einziger der Meinung, daß er gerne einige Etappen überspringen würde. Er hat seine Landsleute verunsichert. Kann man die Meinung der Sozialdemokraten außer acht lassen, die momentan die Opposition stellen, deren Einfluß aber kaum geringer ist als der der Christdemokraten, die an der Macht sind? Sie können morgen schon regieren: Was würde also aus einer Außenpolitik, die ohne sie oder gegen ihren Willen beschlossen würde? Wenn in England sowie in den Vereinigten Staaten eine solche Politik mit der Zustimmung der beiden großen Parteien betrieben wird, wäre es dann nicht angemessen, daß man gleichermaßen in Deutschland vorgeht? Sollten nicht alle wichtigen Entscheidungen Adenauers, zumindest stillschweigend, von Schumacher gutgeheißen werden? Es steht uns nicht an, den Deutschen ihr Handeln vorzuschreiben, sondern wir müssen ihren Worten und Handlungen das Gewicht beimessen, das sie tatsächlich haben.

Die westlichen Verbündeten können West-Deutschland vorschlagen, dem Europarat beizutreten. Solch eine Geste würde von Solidarität zeugen. Deutschland kann dies um so weniger abschlagen, da es sich dadurch nicht zu sehr verpflichtet. Im Moment handelt es sich beim Europarat nur um ein Versprechen, von dem man nicht weiß, ob es erfüllt werden wird. Unter diesen Bedingungen wird man jedoch eine Politik, die die Beziehungen mit Deutschland nur im Rahmen einer europäischen Lösung regeln möchte, als unzureichend beurteilen. Möglicherweise ist die europäische Organisation das „wichtigste konstruktive Element unserer Politik“. Es handelt sich dabei jedoch um eine Konstruktion, deren Grundmauern gerade erst gelegt wurden: Muß man erst warten, bis das Dach errichtet wird, um die dringendsten Fragen anzugehen?

Wenn man zum Beispiel von den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ausgeht, ist es nicht notwendig, direkt zu der vollständigen Vereinigung überzugehen, die Adenauer vorgeschlagen hat. Es wurde eine einfachere Lösung im Rahmen der regionalen Vereinigungen unterbreitet, die in Betracht gezogen wird, während man auf die „Integration“ Europas hinarbeitet. West-Deutschland würde der Gruppe von Staaten beitreten, die man Fritalux oder Finebel genannt hat.

Wer hat sich bisher einem Beitritt Deutschlands zu diesem Zusammenschluss widersetzt? Es ist ausgerechnet Frankreich. Dennoch würden die gegen ein deutsch-französisches Tête-à-tête vorgebrachten Argumente sehr an Stärke verlieren, sobald sich vier Länder mit 65 Millionen Einwohnern Deutschland und Frankreich anschließen würden. Und warum sollte eine große Nation wie Frankreich zögern, einer solchen

Union beizutreten, wenn eine kleine wie Luxemburg darin keinen Nachteil gesehen hat?

Es ist wahr, daß es einerseits nicht gut ist, zu improvisieren oder Etappen zu überspringen, wie Robert Schumann anmerkt; andererseits darf das Land, das die Europa-Politik Deutschlands leiten kann und muß, nicht hinter allen anderen zurückbleiben.